

Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW e. V.

Notstand in der häuslichen Pflege wegen Corona jetzt abwenden

Experten befürchten, dass in Kürze bis zu 200.000 alte Menschen, viele von ihnen an einer Demenz erkrankt, nicht mehr zuhause versorgt werden können.

Der Landesverband der Alzheimer Gesellschaften Nordrhein-Westfalen hat in dieser angespannten und besorgniserregenden Situation Vorschläge erarbeitet, wie ein Notstand womöglich noch abgewendet werden kann:

- **Einsatzbereite Pflegekräfte aus dem Ausland** sollten - analog zu den Rückholaktionen von im Ausland gestrandeten Deutschen – **mit Flugzeugen ins Land** gebracht werden.
- Diejenigen, die jetzt ihren Beruf für die Pflege ihrer an Demenz erkrankten Partner, Eltern oder Kinder hintanstellen, sollen sicher sein können, dass sie, ohne Nachteile zu erleiden, ihren Arbeitsplatz wieder einnehmen können. **Die Pflegetätigkeit darf nicht zu Entlassungen führen!**
- **Nicht berufstätige Pflegepersonen müssen finanziell abgesichert werden.** Das ist eine unsere Forderung, die über die augenblickliche Situation hinaus geht. Eine entsprechende Zusicherung jetzt könnte allerdings für die gerade so wichtige Zuversicht und das Gefühl, wertgeschätzt zu werden, bei den pflegenden Angehörigen sorgen.
- Menschen, die mit den besonders gefährdeten Pflegebedürftigen arbeiten, sollten bevorzugt und **schnell auf den COVID-19-Virus getestet** werden. Ihnen sowie auch den Gepflegten sollten in Absprache mit dem Arzt **Pneumokokken-Impfungen** angeboten werden, die gegen eine bakterielle Lungenentzündung helfen.
- **Beratung und Unterstützung muss auch bei zugewanderten Familien mit an Demenz erkrankten Mitgliedern ankommen.** Dafür sind kultursensible Sprachmittler einzusetzen.
- Menschen mit Hilfebedarf - und ganz besonders die Angehörigen von pflegebedürftigen Menschen mit Demenz - brauchen eine gut erreichbare Anlaufstelle bei Fragen und in kritischen Situationen. Nach dem Vorbild einiger Bundesländer wie Bayern und Hessen sollten **überall im Land Krisentelefone** eingerichtet werden. Diese müssen mit Fachleuten unterschiedlicher Professionen besetzt sein, die sowohl seelsorgerisch, psychologisch und medizinisch beraten können.
- **Gewalt** wird, da gerade viele Menschen von der Situation überfordert sind, in allen Bereichen, auch in der Pflege, zunehmen. **Auch dafür** sind Beraterinnen und Berater zu **sensibilisieren.**
- Um genügend Kapazitäten zu bekommen, sollten **Psychologen und Mediziner sowie weitere Helfer in der Ausbildung für eine vorgezogene Tätigkeit in dem angestrebten Beruf gewonnen** werden.
- **Therapieplätze werden auch in er Folge der Corona-Krise dringend gebraucht werden.** Schon jetzt gilt es Vorkehrungen zu treffen, dass Psychotherapieplätze ohne große Wartezeit verfügbar sein werden.

„Diese Vorschläge habe ich mit hoher Dringlichkeit heute im Bundesgesundheitsministerium vorgebracht“, sagte die Vorsitzende von Alzheimer NRW, Regina Schmidt-Zadel, am Mittwoch in

Düsseldorf. „Wir sind in großer Sorge, dass ohne ein entschlossenes Handeln der Politik die Corona-Krise auch zu einem dramatischen Notstand in der häuslichen Pflege führen wird.“

Die Vorschläge des Landesverbandes der Alzheimer Gesellschaften Nordrhein-Westfalen können ausführlicher auch auf der Verbandsseite <https://alzheimer-nrw.de> nachgelesen werden.

V.i.S.d.P. Regina Schmidt-Zadel MdB a.D., Vorsitzende

Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW e.V. Bergische Landstraße 2 * 40629 Düsseldorf
Tel. 0211/240869 – 10 * Fax. 0211/240869 - 11

presse@alzheimer-nrw.de * www.alzheimer-nrw.de

Der Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW e.V. wurde 2003 gegründet.

Er ist die Interessenvertretung der regionalen Alzheimer Gesellschaften und Alzheimer Angehörigen-Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeinitiativen in NRW.

Er führt laufend eigene Projekte durch, z.B. das Projekt "Leben mit Demenz", eine Schulungsreihe für Angehörige.

Er ist Veranstalter von Fachtagungen und Herausgeber eigener Publikationen.

Er setzt sich für einen würdevollen Umgang mit Menschen mit Demenz ein, insbesondere in der Pflege, und wirkt an der Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Gremien, Ausschüssen und auf politischer Ebene mit.